

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Staatsminister Klaus Holetschek

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Christina Haubrich

Abg. Rainer Ludwig

Staatssekretär Roland Weigert

Abg. Uli Henkel

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsminister Bernd Sibler

Abg. Markus Plenk

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Susanne Kurz

Abg. Tobias Gotthardt

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Margit Wild

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Die Fragen werden von den Fraktionen in folgender Reihenfolge gestellt: CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD, SPD, FDP. Bitte denken Sie daran, dass jeder Fraktion für ihre Fragen und Nachfragen insgesamt eine Redezeit von höchstens vier Minuten zur Verfügung steht. Den fraktionslosen Mitgliedern des Landtags steht eine Fragezeit von insgesamt einer Minute zu.

Herr Staatsminister Holetschek hat angekündigt, dass er von dem Recht der Staatsregierung auf einleitende Ausführungen Gebrauch machen möchte. Hierfür stehen ihm drei Minuten zur Verfügung. Bitte, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Chance nutzen, Sie über die Änderungen der Zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung und über die Maßnahmen, die im Lichte der Entwicklungen getroffen worden sind, zu informieren; ferner aktuell nochmals die 7-Tage-Inzidenz darzustellen, die in Bayern mit 68,8 ein guter Wert ist. Dieser Wert von 69 liegt nur knapp über dem des Bundes. Auch die Zahl der Neuinfektionen geht erfreulicherweise immer weiter nach unten. In Bayern liegen aktuell bereits 50 Landkreise und kreisfreie Städte bei einer Inzidenz von unter 100, 28 Landkreise und kreisfreie Städte sogar unter 50 und 9 unter 35. Die Tendenz sinkt.

Das heißt, damit sind wir auf einem guten Weg, sodass wir weitere Öffnungsschritte ermöglichen können, etwa Sport- oder Kulturveranstaltungen im Freien mit maximal 250 Zuschauern und festen Sitzplätzen. Bei einer zu hohen Inzidenz wird Testen als wichtiges Element einbezogen. Die Freibäder können mit Terminvorgabe und negativem Testnachweis wieder geöffnet werden. Auch bei der Öffnung der Fitnessstudios, also der Nutzung von Bewegungs- und Sportmöglichkeiten, haben wir bei Vorlage eines negativen Testnachweises, was vielen ein Anliegen war, nachgezogen. Natürlich ist auch der Kontaktsport im Freien mit Gruppen bis zu 25 Personen ein wichtiges und

positives Signal. Das gilt übrigens auch für Freiluftstadien mit überdachten Zuschauerplätzen. Für diesen Bereich haben wir mit den zuständigen Ministerien und Häusern Hygienekonzepte veröffentlicht, die im Internet nachgelesen werden können.

Auch bei der Betreuung von Kindern und beim Thema Schule gibt es nach wie vor ein wichtiges Signal; denn bei einer Inzidenz von bis zu 165 besteht in Zukunft wieder die Möglichkeit einer Kinderbetreuung in festen Gruppen. Auch das ist eine wichtige Entlastung für die Familien. Dies sind daher wichtige Maßnahmen, die im Lichte der positiven Entwicklungen getroffen werden konnten. Dies haben wir den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern zu verdanken, die sich an die Maßnahmen gehalten haben, aber natürlich auch den Impfungen, die wir durchführen konnten.

Zu den Impfungen will ich noch kurz wie folgt Stellung nehmen, weil auch das Thema der Erst- und Zweitimpfungen nochmals aufgetaucht ist. Ich will deutlich sagen, dass jetzt vermehrt Zweitimpfungen vorgenommen werden. Das ist keine Überraschung, weil nach dem festgelegten Impfbefehl Zweitimpfungen in gewissen Teilabständen folgen. Die Reihenfolge wurde bei BioNTech auch mal geändert, wobei die Zweitimpfung zunächst nach drei Wochen erfolgte, aber dann der Abstand auf sechs Wochen verlängert wurde. Bei AstraZeneca haben wir den Abstand auf zwölf Wochen verlängert. In den Arztpraxen kann davon abgewichen werden. Übrigens haben wir in den Arztpraxen die Priorisierung aufgehoben. Ich weiß, dass noch nicht genügend Impfstoff zur Verfügung steht, aber ich halte es trotzdem für wichtig und richtig, dass dort flexibel gehandelt werden kann.

Ich will mich auch bei allen Medizinischen Fachgestellten in den Arztpraxen bedanken, die wirklich einen hervorragenden Job und eine gute Arbeit machen. Ich weiß, dass es in dieser Pandemie nicht immer einfach ist, kurzfristig getroffene Entscheidungen draußen nachzuvollziehen.

(Beifall bei der CSU)

Aber es ist ein positives Signal, flexibler zu werden. Dies können die Ärzte. Wir werden sehr genau beobachten, ob wir am 7. Juni die Priorisierung tatsächlich aufheben, wie es der Bund vorsieht. Stabilität in den Impfzentren und Flexibilität in den Arztpraxen sind zwei wichtige Elemente. Ich halte es für ein gutes Signal, dass wir bereits 40 % der Bevölkerung mit einer Erstimpfung, 11 % mit einer Zweitimpfung versehen haben. Es ist auch richtig und wichtig gewesen, die Reserven wirklich aufzulösen, damit wir auch in der dritten Welle die Erstimpfungen möglichst schnell verarbeiten können. Übrigens hat uns dies auch die Bundesregierung vorgegeben und empfohlen. Daher sind wir gemeinsam auf einem guten Weg, der in den nächsten Wochen nicht ganz einfach sein wird.

Angesichts des gesamten Impfvorgangs und der positiven Signale bei den Inzidenzen wollen wir das Ganze weiter vervollständigen und nach vorne bringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich eröffne nun die Fragerunde. Erste Fragestellerin ist Frau Kollegin Dr. Merk von der CSU-Fraktion.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Vizepräsident, lieber Herr Staatsminister! Ich kann mich sehr kurz fassen. In den vergangenen Tagen gab es Medienberichte, in denen behauptet wurde, die Krankenkassen kritisierten, dass Intensivbetten leer stünden: Ich frage Sie: Wie stark war in Bayern die Belastung der Intensivstationen in den vergangenen Wochen, und wie ist sie es jetzt?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich kann Ihnen darüber ganz aktuell berichten, nachdem ich gestern in der Klinik Bogenhausen ein ECMO-Gerät übergeben durfte; denn wir haben jetzt diese künstlichen Lungen Häusern zusätzlich zur Verfügung gestellt. Ich hatte dort ein Gespräch mit Pflegerinnen und Pflegern sowie Ärzten, demzufolge die Auslastung hoch war. Die Auslastung war regional durchaus unterschiedlich, aber sehr, sehr hoch und hat das Personal ungemein bean-

spricht. Ich hatte vor ein paar Wochen in meiner Region Allgäu-Schwaben ein Gespräch mit den Klinikleitungen, wonach wirklich bis zum Limit gearbeitet worden ist. Das ist nachvollziehbar; denn es müssen und sollen nicht nur COVID-Patienten, sondern auch andere Patienten in die Intensivstationen aufgenommen werden. Daher ist es wirklich eine sehr hohe Belastung gewesen.

Ich möchte nochmals all denen danken, die dort Dienst getan haben. Es war für mich gestern sehr eindrucksvoll, die Pflegekräfte in den Schutzanzügen zu sehen und zu hören, wie man einen Patienten wenden muss, wenn er bäuchlings liegt, damit die Schläuche nicht herausrutschen. Ich habe vor dem Dienst höchsten Respekt. Wer nicht glaubt, dass diese Menschen seit einem Jahr wirklich Höchstleistungen erbringen, der irrt. Wir sollten alles dafür tun, dass unsere Intensivstationen entlastet werden. Die Intensivstationen waren Gott sei Dank nicht überfüllt, lagen aber in vielen Regionen an der Grenze.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Auch die Frage von Christina Haubrich vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht wieder an den Staatsminister für Pflege und Gesundheit.

Christina Haubrich (GRÜNE): Diese Woche kommen drei Dinge zusammen: Wir heben die Impfpriorisierung auf; viele Schulen und Kitas öffnen wieder, ohne dass alle Lehrerinnen und Lehrer und Kita-Fachkräfte geimpft sind; viele Impfzentren, vor allem in der Oberpfalz und in Niederbayern, können kaum noch Termine für Erstimpfungen vergeben. Gleichzeitig befürchten viele Hausärzte und Hausärztinnen einen Ansturm auf ihre Praxen, bei dem viele Impfwillige zunächst einmal enttäuscht werden. Soll das nicht in einem Kommunikationsdesaster und in Verwirrung enden, muss jetzt dringend klargestellt werden, wie die Impfkampagne weitergeht und nach welchen Kriterien künftig in Bayern Termine vergeben werden sollen.

Deshalb frage ich Sie: Wie begründet die Staatsregierung das Aufheben der Impfpriorisierung zu einem Zeitpunkt, an dem viele Impfzentren in Bayern aufgrund der anste-

henden Zweitimpfungen kaum Termine für Erstimpfungen vergeben können? Wie kann unter diesen Umständen insbesondere noch nicht geimpften Kita-Fachkräften, Tagespflegepersonen sowie Lehrerinnen und Lehrern und letztlich allen in der Gruppe 3 Priorisierten schnellstmöglich ein Impfangebot gemacht werden?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Kollegin Haubrich, ich werde versuchen, das noch einmal sehr deutlich zu machen. Die Impfstrategie beruht im Moment auf zwei großen Säulen, das sind die Impfzentren, und das ist die Ärzteschaft. Hausärztinnen und Hausärzte sowie Fachärzte impfen mit und leisten dabei hervorragende Arbeit. Wir hatten in der Spitze über 200.000 Impfungen an einem Tag. Die genannten 40 % Erstimpfungen und 11 % Zweitimpfungen waren nur durch dieses Zusammenspiel zu erreichen. Wir haben jede Woche ein Treffen in einer Steuerungsgruppe, der die Landesärztekammer, die Kassenärztliche Vereinigung, der Hausärzteverband, der Landkreistag und der Städtetag angehören. Dort bewerten wir die Zahlen. Die Ärzteschaft impft bereits jetzt mit einer großen Flexibilität. Sie weiß, wie die Priorisierungen anzuwenden sind.

Die Ärzteschaft hat den Wunsch nach mehr Flexibilität und Vereinfachung geäußert. Wir haben diesen Wunsch umgesetzt. Ich habe immer kommuniziert: Die Erwartung, dass jetzt jeder sofort beim Hausarzt einen Termin bekommt und geimpft werden kann, ist nicht zu erfüllen, weil der Impfstoff noch nicht in den dafür erforderlichen Mengen vorhanden ist. Die Ärzte vergeben jetzt Termine, auch für die Zukunft. Sie gehen ihren Patientenstamm durch und beurteilen ihn. Sie werden die Impfungen auch in hervorragender Weise durchführen. Leider muss ich sagen, dass der Impfstoff noch nicht im erforderlichen Umfang vorhanden ist.

In den Impfzentren haben wir die Priorisierung nicht aufgehoben. Ich habe gerade versucht, deutlich zu machen, dass wir diese Priorisierung möglicherweise noch länger bestehen lassen, über die Vorgaben des Bundes hinaus. Damit bewahren wir Stabilität, und die Einladungen können in der Reihenfolge des Systems durchlaufen. Bei den Erzieherinnen und Erziehern sowie den Lehrerinnen und Lehrern haben wir damals

die Priorisierung von 3 auf 2 angehoben. Das war übrigens das erste Mal, dass wir uns über die Empfehlung der STIKO hinweggesetzt haben. Soweit ich gehört habe, haben sehr viele Menschen dieser Personengruppe das Impfangebot wahrgenommen. Das hängt natürlich auch mit der Impfbereitschaft zusammen. Die Impfung beruht ja auf Freiwilligkeit.

Nach den Abfragen in den Impfzentren sind bereits viele Menschen in der Prio 3 angekommen. Das spricht dafür, dass die Personen der Prio 2 weitgehend durchgeimpft sind. Ich habe heute von Herrn Prof. Dr. Jauch, dem Leiter der Impfkommision, gehört, die Zahl der Anträge bei der Impfkommision gehe zurück. Ich glaube deshalb, dass wir auf einem guten Weg sind. Die Personen dieser Gruppen, die doch noch geimpft werden wollen, können über die Ärzteschaft einen Impftermin bekommen. Daher setze ich weiter auf die zwei Säulen Impfzentren und Ärzteschaft. Ab dem 7. Juni werden auch die Betriebsärzte einbezogen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Zu einer Nachfrage erteile ich Frau Haubrich das Wort. Bitte schön.

Christina Haubrich (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich habe dazu eine Nachfrage. Sie haben gerade gesagt, ab dem 7. Juni sollen auch die Betriebsärzte einbezogen werden. Wie wird denn sichergestellt, dass auch die kleinen Betriebe, die keine eigenen Betriebsärztinnen und Betriebsärzte haben, in die Impfkampagne einbezogen werden?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das ist eine berechtigte Frage. Im Moment ist das System so ausgesteuert, dass die Betriebsärzte am Freitag ihre Bestellungen beim Bund einreichen können. Das möchte ich deutlich sagen: Der Bund nimmt diese Bestellungen auf, und der Großhandel und die Apotheken liefern den Impfstoff aus. Das läuft analog zur normalen Ärzteschaft. Wir sind gerade dabei, im Gespräch mit Handwerkskammern und anderen auszuloten, wie wir die Impfzentren einbeziehen und logistisch mithelfen können. Gegenüber dem Bund haben wir

deutlich gemacht, dass die Betriebe eine Chance bekommen müssten, zusätzlichen Impfstoff zu erhalten, damit auch bei kleineren Betrieben, die nicht über die Struktur verfügen, Impfungen verabreicht werden können. In vielen Betrieben ist vorgeschrieben, dass ein Arzt da sein muss. Große Praxen stellen diesen Service zur Verfügung und bestellen Impfstoff. Hier müssen verschiedene Bereiche zusammenspielen. Wichtig ist, dass die ganz kleinen Betriebe mitgenommen werden. Das haben wir noch einmal deutlich gemacht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Holetschek. Die nächste Frage richtet sich an Ihren Kollegen aus dem Wirtschaftsministerium. Sie kommen später noch einmal dran. Die nächste Frage richtet Herr Kollege Rainer Ludwig von der Fraktion der FREIEN WÄHLER an das Wirtschaftsministerium.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatssekretär, lieber Kollege Roland Weigert! Corona hat die globale Wirtschaft und somit auch die angestammten Lieferketten kräftig durcheinandergewirbelt. Die aktuelle Marktsituation scheint sehr angespannt zu sein. Zuletzt gab es eindringliche Warnungen vor Materialknappheit aus der Bauwirtschaft, zum Beispiel beim Bauholz. Aber auch bei mineralischen und metallischen Baustoffen wie Stahl, Beton und Zement droht Knappheit. Dies gilt auch für Dämmstoffe oder Folien.

Meines Erachtens gilt es deshalb, steigende Preise, geringe Verfügbarkeit und lange Lieferfristen zu vermeiden. Deshalb meine zweiteilige Frage: Wie bewerten Sie in den Zeiten dieser Pandemie grundsätzlich die Versorgung mit Baumaterialien in Bayern? Was kann zur Vermeidung von Engpässen bzw. zum Erhalt von Liefer- und Wertschöpfungsketten getan werden?

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen! Zunächst eine grundsätzliche Vorbemerkung: Die Fragestellung ist sehr berechtigt. Sie weist am Ende des Tages darauf hin, dass COVID

ganz tiefe Spuren hinterlässt, nicht nur in der Industrie, sondern in allen wirtschaftlichen Bereichen. Nach dem konjunkturellen Einbruch sehen wir jetzt Zeichen der Erholung am Horizont. Diese Zeichen der Erholung spiegeln sich auch in den Bereichen, die genannt worden sind.

Die Erholung ist nicht nur in Deutschland, sondern global erkennbar. Die Effekte und Symptome, die eben angesprochen worden sind, hängen nicht nur mit der nationalen Marktsituation, sondern insbesondere mit dem globalen Handel zusammen. Ich denke insbesondere an die Erholung in Asien und Nordamerika. Wir haben das Phänomen, dass die Nachfrage derzeit stark anzieht. Denken wir an die Prognosen für Asien in diesem Jahr: Für China wird mit einem Wachstum von 8 bis 10 % ausgegangen. Für Indien werden zweistellige Wachstumsraten prognostiziert. In Japan werden es voraussichtlich 4 % und auf den Philippinen 6 % sein. Der asiatische und pazifische Raum wächst also insgesamt sehr stark. Die Dynamik nimmt zu. Damit hängt die Nachfrage nach Rohstoffen, nach Vorleistungen und nach Dienstleistungen zusammen.

Zur Einschätzung der Lage in aller Kürze: Herr Kollege, Sie haben das Thema Holz genannt. Dieses Thema ist der Prototyp der derzeitigen Diskussion. Hier geht es aber nicht nur um Rohstoffe wie Holz, sondern insbesondere um Vorprodukte, bei denen eine starke Verteuerung eingetreten ist. Durch diesen Verteuerungsprozess ergibt sich nicht nur ein Engpass bei den Materialien, sondern auch eine Verlängerung der Lieferzeiten. Ich möchte das kurz exemplarisch für unsere Wirtschaft, für unsere Bauwirtschaft sowie für die Industrie und das produzierende Gewerbe darstellen. Der Stahl ist derzeit ein großes Thema. Rund drei Viertel der Zulieferbetriebe haben erhebliche Probleme, ihren Bedarf an Stahl auf dem Markt zu decken. Im vorigen Jahr wurde die Tonne Stahl mit 400 Euro gehandelt. In diesem Jahr liegen wir bei ungefähr 700 bis 800 Euro. Das ist eine knappe Verdoppelung.

Sprechen wir über Stahl, dann sprechen wir auch über internationale Bezugswege. Wir müssen dann auch über die Logistik und Container sprechen. Durch die Maßnah-

men, die wegen Corona ergriffen worden sind, müssen die Container deutlich länger in den Häfen und auf den Schiffen verweilen. Die 40-Fuß-Container, also die Standardcontainer im internationalen Frachtgeschäft, weisen gegenüber dem letzten Jahr mit rund 2.000 Euro und über 5.000 Euro in diesem Jahr eine deutliche Erhöhung auf. Das ist insbesondere für jene Betriebe der Industrie und des Mittelstands eine Herausforderung, die auf internationale Vorprodukte angewiesen sind.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, auf das Thema Holz werde ich gleich zu sprechen kommen. Ein zentrales Problem ist aber das Thema Kunststoff. Man glaubt es kaum, aber der Kunststoff ist bereits seit Monaten ein Thema für unsere Wirtschaft. Das hängt mit der geringeren Mobilität zusammen. Die Raffinate von Treibstoffen haben abgenommen. Ein wichtiges Kuppelprodukt der Mineralölindustrie ist Ethen. Wofür brauchen wir das? – Wir brauchen es für Polyethylen. Das sind insbesondere Folien, die auch im Bereich der Logistik eingesetzt werden. Das gilt gerade für den Bereich der Baustoffe, wenn wir an Paletten denken, diese Handstretchfolien, um die Paletten-Stabilität im Kontext der logistischen Lieferketten sicherzustellen. Dort haben wir ganz erhebliche Probleme. Das betrifft aber nicht nur die Frage des Einsatzes von Kunststoffen in der Logistik, sondern insgesamt im Bereich der Elektrobauteile. Bei den Chips gibt es derzeit eine enorme Engpasssituation. Wir gehen davon aus, dass wir im zweiten Halbjahr eine Verbesserung haben werden. Darauf muss ich nicht eingehen.

Sie haben es angesprochen: Der Holzmarkt ist derzeit wohl der Prototyp der Problematik. Wir haben es heute in den Vorberatungen gehört. In den Themen "Holz" und "Wald" kommt offensichtlich eine tiefe romantische Sehnsucht dieser Gesellschaft zum Ausdruck. Die Romantik hört aber relativ schnell dann auf, wenn es um die Frage der Erzeugerpreise geht. Ich bin der festen Überzeugung: Das Problem "Holz als Engpassmaterial" wäre relativ schnell gelöst, wenn wir deutlich bessere Erzeugerpreise hätten, wie zum Beispiel bei der viel verdammten Fichte. Die ist ein zentraler Rohstoff für das Bauholz. Von mir wird sie nicht verdammt, aber von vielen anderen wird sie es.

Bei der Fichte liegen wir heute bei 90 Euro pro Festmeter. Da wäre es für die Erzeuger nach den vergangenen Jahren wahrlich nicht unangemessen, wenn wir heute über Erzeugerpreise von 120 Euro, 130 Euro oder 140 Euro pro Festmeter reden würden. Dann würde sogar ich mit meinen vier Tagwerken überlegen, ob ich nicht ein paar Fichten herausnehmen lasse, um andere Baumarten anzupflanzen. Aber zu den gegenwärtigen Preisen werde ich das nicht tun. Viele Kleinwaldbesitzer würden dann, wenn die Erzeugerpreise besser wären, wohl ihre Mengen mobilisieren. Der Preis des Bauholzes hat sich verdoppelt. Die Amerikaner kaufen derzeit stark ein. Die Amerikaner zahlen im Schnitt um 50 % mehr, als auf den heimischen Märkten bezahlt wird. Deswegen ist die Situation so, wie sie ist.

Die Frage des Kollegen Ludwig bewegt gerade die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Diskussion. Aber wir müssen auch eines wissen, nämlich dass wir die Situation mit Material-Engpässen schon vor rund 15 Jahren hatten, nämlich zum Ende einer sehr schwierigen Bauindustrie-Phase, 2006. Wir haben auch das überlebt.

Meine Damen und Herren, der Kollege Ludwig hat wegen der Bedrohungssituation angefragt. Materialknappheit führt zu weniger Vorprodukten; weniger Vorprodukte führen zu weniger Gütern; weniger Güter führen zu steigenden Preisen. Daran sehen Sie schon, worin eines der großen Probleme für die Volkswirtschaft liegt. Eines war heute in vielen Beiträgen zu hören, meine Damen und Herren, was noch viel gefährlicher ist, nämlich wirtschaftspolitischer Aktionismus. In vielen Beiträgen war die Forderung nach protektionistischen Aktivitäten herauszuhören, die man eingefordert hätte. Wir müssen uns als exportorientierte Wirtschaft darüber im Klaren sein: Wer Protektionismus, Exportverbote und dergleichen einfordert, fordert Gegenmaßnahmen geradezu heraus. Diese Gegenmaßnahmen werden zuvorderst die Bürger treffen. Die Bürger sind Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher. Deswegen ist das Thema, wie wir die Märkte steuern wollen, ein grundsätzliches.

Ganz kurz komme ich zu den Maßnahmen, die wir insbesondere beim Thema Holz umsetzen. Ich sage Ihnen: Die Erzeugerpreise erhöhen. Die Holzeinschlagsregularien

wurden – die Frau Landwirtschaftsministerin hat es angesprochen – bereits angepasst. Wir haben die Wertschöpfungskette für Holz in Gespräche einbezogen. Wir werden das bei der nächsten Wirtschaftsministerkonferenz mit Bundesminister Altmaier ansprechen. Die Lieferketten, meine Damen und Herren, haben wir mit einer Schlüsseltechnologie in Bayern bereits vor Jahren auf den Weg gebracht. Additive Fertigung ist ein ganz zentraler Punkt, um die Themen Reshoring und Nearshoring von Lieferketten zu optimieren. Wir denken, dass wir damit erfolgreich in die Zukunft gehen. Meine Damen und Herren, das ist eine schwierige Thematik, die durchaus längerer Ausführungen bedarf. Aber die Frage war es wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der Herr Ludwig hätte noch Zeit für eine Nachfrage. – Das macht er nicht.

Nur zur Information: Jede Fraktion hat vier Minuten Zeit, um zwei Fragen zu stellen. Die Staatsregierung hat ein gemeinsames Zeitkontingent von 48 Minuten. Da sind jetzt noch 33 Minuten für die Kolleg*innen des Herrn Staatssekretärs übrig.

Die nächste Frage richtet sich an den Staatsminister für Gesundheit und Pflege und kommt vom Abgeordneten Uli Henkel von der AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Herr Staatsminister Holetschek, die aufgrund des Infektionsschutzgesetzes des Bundes und der Bayerischen Infektionsschutzverordnung verhängten Einschränkungen unserer bürgerlichen Freiheitsrechte werden legitimiert durch die Ausrufung einer sogenannten "epidemischen Lage von nationaler Tragweite". Nun ist deren Aufhebung zwar Sache des Bundes, dennoch frage ich Sie, nachdem Sie gerade vorhin einleitend sagten, wir sind auf einem guten Weg: Welche Voraussetzungen müssten nach Ansicht der Bayerischen Staatsregierung vorliegen, damit eine Beendigung dieser epidemischen Lage von nationaler Tragweite aus Ihrer Sicht zwingend indiziert wäre, sprich der Bund jedenfalls zum 30.06. aus Ihrer Sicht nicht mehr deren Fortbestehen feststellen dürfte?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, habe ich das richtig verstanden, 48 Minuten hätte ich jetzt noch?

(Heiterkeit)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nein, Sie haben als gesamte Staatsregierung 48 Minuten. Davon ist aber schon ein Drittel verbraucht. Bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das müssten wir mal im Koalitionsausschuss beraten.

(Heiterkeit)

Aber jetzt zum Ernst zurück. Die Aufhebung dieser Lage setzt voraus, dass über einen längeren Zeitraum eine Stabilität erreicht wird in der Beurteilung dessen, was uns immer der Maßstab war, dass unser Gesundheitssystem die Lage beherrschen kann. Der Inzidenzwert ist zur Beurteilung sicherlich nicht der alleinige Maßstab, sondern das sind auch die Betten im Gesundheitssystem, der R-Faktor und viele andere Dinge. Aber wenn ich daran denke, dass wir letztes Jahr um diese Zeit einen einstelligen Inzidenzwert hatten, dann glaube ich, dass wir zwar jetzt auf einem guten Weg sind, aber noch nicht abschließend beurteilen können, was nach dem 30.06. wirklich passiert. Ich will hier auch nicht in einen Alarmismus verfallen, was Varianten und Mutanten angeht, zum Beispiel die indische Mutation, wo die Einschätzung immer noch ein Stück weit schwierig ist. Wir haben gesehen, dass sie zu einer besorgniserregenden Variante hochgestuft wurde. Deswegen kann ich mir kein abschließendes Urteil darüber erlauben. Ich glaube, dass es eine Gesamtbeurteilung einer Stabilität sein muss, die sicherlich auch das Thema Impfen einbezieht und dann aufgrund dieser Lagebeurteilung zu einem Entschluss führen wird, wann das Thema wieder in eine andere Richtung bewegt werden kann.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Eine Nachfrage – Herr Henkel.

Uli Henkel (AfD): Herr Staatsminister, ich darf Sie so verstehen, dass die Inzidenz als alleiniges Kriterium jetzt definitiv nicht mehr oben steht, sondern Sie auf viele Punkte gleichzeitig achten wollen und dementsprechend selbst dann, wenn die Inzidenzen aus welchen Gründen auch immer wieder ungewöhnlich höher wären, aber alle anderen Parameter gut aussehen, sagen würden: Es kann nicht mehr an der Inzidenz alleine liegen, sondern es muss an einem Gesamtpaket liegen. Habe ich Sie da richtig verstanden? Wenn Sie das freundlicherweise noch mal sagen.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das wäre eine Interpretation, die ich so nicht abgegeben habe. Ich habe deutlich gemacht, dass die Inzidenz nach all dem, was wir im Gesetz festgeschrieben haben, nach wie vor ein wichtiger Leitwert ist, der uns in die Lage bringt, vorher zu beurteilen, wann unser Gesundheitssystem möglicherweise überbelastet wird. Wenn Sie heute mit Ärztinnen und Ärzten sprechen – auch gestern auf dieser Intensivstation –, dann sagen Ihnen die noch mal: Du merkst sehr deutlich, wenn die Inzidenz steigt – mit zwei oder drei Wochen Verspätung –, dass unser Gesundheitssystem sich dadurch in eine andere Richtung bewegt. Wir haben jetzt übrigens andere Patienten, jüngere Patienten, die länger liegen. Da kommen also viele Dinge dazu. Ich denke aber, nach dem wichtigen Leitfaktor geht es natürlich auch um die Beurteilung der Gesamtsituation unter Berücksichtigung vieler anderer Parameter. Aber die Inzidenz ist nach wie vor ein wichtiger Leitfaktor in dem ganzen System.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Auch die nächste Frage richtet sich an Sie. Sie kommt vom Kollegen Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Staatsminister, Sie haben vor wenigen Tagen angekündigt, dass die Zahl der Impfungen in Kliniken vorangeschritten ist und die Beschäftigten dort bereits zu einem Großteil geimpft sind. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, auch, dass Patientinnen und Patienten dort demnächst ein Impfangebot unterbreitet wird. Das ist eine Entwicklung, über die wir uns gemeinsam freuen kön-

nen. Die "Süddeutsche Zeitung" hat in ihrer vorgestrigen Ausgabe einen, wie ich finde, aufrüttelnden Artikel veröffentlicht, in dem es um das Schicksal des 81-jährigen Vaters unseres früheren Landtagskollegen Prof. Thomas Beyer, langjähriger früherer Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, geht. Der 81-jährige Vater unseres früheren Kollegen hat einen Schlaganfall erlitten und ist daraufhin als Reha-Patient in eine Einrichtung im oberfränkischen Bad Rodach gekommen. Es stellte sich die Frage der Impfung. Wir sind mittlerweile in einer Zeit, in der bereits Impfungen von Menschen der dritten Priorisierungsgruppe stattfinden. Aber der 81-jährige Vater ist bis zum heutigen Tage nicht geimpft. So heißt es im Artikel. Unser früherer Kollege wird in der Zeitung zitiert. Er verliere in der Pandemie den Glauben an das Funktionieren von Institutionen in diesem Land. Es stellt sich tatsächlich die Frage, wie Impfungen in Reha-Einrichtungen gehandhabt werden.

Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt, dass 21 von 282 Reha-Einrichtungen aktiv an erweiterten Rahmenvereinbarungen teilnahmen, die es ermöglichten, dass Reha-Patienten entsprechend geimpft werden könnten. Es gebe prinzipiell das Problem, dass beim Impfen das Wohnortprinzip gelte und die Patienten die Erst- und Zweitimpfung während des Reha-Aufenthalts bekommen müssten. In Reha-Einrichtungen ist das offensichtlich das Grundproblem. Tatsache ist, dass der 81-Jährige bis heute nicht geimpft ist und sich wenige Tage vor der Impfung, die ihm durch den besonderen Einsatz des Landrats zuteilwerden sollte, dann tatsächlich – wie weitere 53 Patienten und 28 Mitarbeiter dieser Einrichtung – infiziert hat und an Corona erkrankt ist.

Meine Frage: Wie können aus Ihrer Sicht vor diesem Hintergrund COVID-19-Ausbrüche in Reha-Kliniken künftig verhindert werden? Wie kann sichergestellt werden, dass alle vulnerablen Personen künftig auch in Reha-Kliniken geimpft werden können?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich habe den Artikel auch gelesen. Das Entscheidende ist die Frage, wie die Zweitimpfung in diesem Zeitraum garantiert werden kann. Das haben Sie richtig dargestellt. Es geht um das Thema, das uns bei den Impfungen insgesamt und auch in den Krankenhäusern be-

wegt. Ich habe das zum Anlass genommen, das im Haus noch einmal überprüfen zu lassen, weil ich das für ein wichtiges Thema halte. Fraglich ist, wie wir das unabhängig von den Vorgaben, die die STIKO macht und die in der Priorisierung enthalten sind, und unabhängig von der Frage, wer wann mit der immer noch knappen Menge des zur Verfügung stehenden Impfstoffs geimpft wird, absichern können.

Zur Frage der Ausbrüche gehört natürlich immer die Frage der Testungen dazu. Es ist ein zweiter Teil unseres Systems, dass wir breite Testangebote haben, um Ausbrüche zu verhindern. Aber die Impfungen und der Fall des Vaters von Prof. Beyer sind ein Thema, bei dem ich prüfen lasse, wie wir dort insgesamt Abhilfe schaffen können und nach welchen Parametern wir das möglicherweise in einem Gleichklang, der nicht nur für uns, sondern bundesweit gilt, steuern können. Ich würde Sie hier auf dem Laufenden halten, wenn Sie das möchten.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister, Sie können dann eine Runde aussetzen. – Die nächste Frage kommt von Prof. Heubisch von der FDP-Fraktion und geht an das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, ich bin zwar promoviert, aber nicht habilitiert. Ich bitte, dies mir nicht auf meine jetzige Redezeit anzurechnen. – Verehrter Herr Staatsminister, heute will ich auf die Kultur zu sprechen kommen. Vor etwa 14 Tagen haben Sie im Kabinett beschlossen, dass ab morgen, dem 21. Mai 2021, bei einer 7-Tage-Inzidenz unter 100 und einem stabilen rückläufigen Infektionsgeschehen Proben für Laien- und Amateurensembles mit maximal 10 Personen in geschlossenen Räumen und maximal 20 Personen im Freien zulässig sind. Vorgestern, am 18.05.2021, haben Sie beschlossen, dass ebenfalls ab morgen, dem 21. Mai 2021, Kulturveranstaltungen mit maximal 250 Zuschauern mit festen Sitzplätzen in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer stabilen 7-Tage-Inzidenz im Freien erfolgen können. Dies gilt für kulturelle Veranstaltungen sowohl der professionellen als auch der Laien- und Amateurensembles.

Meine Frage: Die Laien- und Amateurgruppen sollen jetzt also mit 20 Personen üben, dürfen aber anscheinend mit einer Kapelle von 40 oder 50 Personen auftreten. Soll das so beibehalten werden, oder hat es denn nicht viel mehr Sinn zu sagen: Übt doch im Freien und spielt auch mit 40 oder 50 Personen? Hier würde mich deine Antwort interessieren, Bernd.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Sehr geehrter Kollege Dr. Heubisch – ohne "Professor" –, wir wissen, Titel stehen im Moment einmal mehr infrage.

(Heiterkeit)

Herzlichen Dank für die Frage. Es ist deutlich geworden, dass die Bayerische Staatsregierung hier wichtige und gute Schritte geht, um den Betrieb in allen Bereichen wieder starten zu können. Seit dem 10. Mai 2021 dürfen die Profis beginnen; am 14. Mai 2021 ging es in München wieder los. Letzte Woche war ich bei einer ganzen Reihe von Veranstaltungen in München und auch in Passau unterwegs. Morgen werde ich bei einer Veranstaltung in Bad Griesbach sein. Das ist ein wichtiges Signal der Bayerischen Staatsregierung. Auch der Bayerische Landtag unterstützt, dass diese Betriebe wieder laufen. Die Hygienerichtlinien sind übrigens seit gestern veröffentlicht; das ist auch ein ganz wichtiger Punkt.

Es ist vollkommen klar, dass wir uns hier jetzt herantasten, einarbeiten und erste Schritte gehen müssen. Darum ist es absolut logisch, dass man in den Strukturen auftritt – wenn man es denn will –, in denen man übt und probt. Es hat keinen Sinn, in einer größeren Zahl aufzutreten, als zu proben. Das ist unlogisch. Wenn man vorab keinen Probetrieb mit größerer Anzahl hat, dann kann man auch so nicht auftreten. Es ist eine vernünftige Regelung, sich hier vorzutasten.

Lieber Kollege Heubisch, seien Sie versichert, dass wir natürlich in den nächsten Tagen und Wochen dieses Konzept weiter erarbeiten werden; das ist jetzt ein Einstieg. Es wird auch dauern, bis alle diese Modalitäten ein Stück weit annehmen und sich

daran gewöhnt haben, gerade im Laienbereich. Sie alle haben sicherlich die Pressemitteilungen verfolgt, dass viele ohnehin noch eine Weile warten und eben schrittweise herangehen. Aber das Signal, dass wir beginnen können, ist ein gutes und starkes und nimmt auch wieder ein bisschen Druck aus der Debatte.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Heubisch erbittet die Möglichkeit einer Nachfrage.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Ich gehe davon aus, dass eine Musikgruppe in unbeschränkter Anzahl aufführen darf.

Die zweite kurze Frage: Wir haben im Freien 250 zugelassene Zuschauer mit festen Sitzplätzen. In der Bayerischen Staatsoper waren es in der letzten Woche 700 Besucher. Ich darf am Sonntag ebenfalls mit 700 Besuchern bei der Premiere dabei sein. Das eine sind Indoor-, das andere Outdoor-Veranstaltungen. Warum kann man im Freien nicht etwas mutiger sein, wenn man auch im Inneren mit Hygienekonzept – das ist ganz klar – bis zu 700 Besucher in der Bayerischen Staatsoper zulässt?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Kollege Heubisch, ich freue mich, dass wir uns am Sonntagabend in der Staatsoper und vielleicht beim gemeinsamen Testen treffen werden; dann können wir ein bisschen ratschen und das gute Klima, das wir haben, einmal pflegen. Ich möchte korrigieren: Ich habe gerade gesagt, dass ich davon ausgehe, dass man im Freien mit der gleichen Zahl auftreten kann, mit der auch geprobt wurde. Alles andere hätte keinen Sinn. Das möchte ich noch einmal deutlich machen. Es hat keinen Sinn, mit mehr Personen aufzutreten, als an der Probe teilgenommen haben. Da gibt es eine gewisse Analogie.

Sie haben gerade die Zahlen für Veranstaltungen im Innen- und Außenbereich angesprochen. Aufgrund räumlicher Gegebenheiten sind es bei der Staatsoper 700 Besucher; das war hier im ganzen Haus ein großes gemeinsames Anliegen. Gott sei Dank sind wir so weit. Bei den Außenveranstaltungen tasten wir uns vor. Das ist jetzt der erste Schritt. Das haben wir auch im Sport aneinandergeschlossen. Wir probieren es jetzt

Schritt für Schritt aus und tasten uns vor. Die Rückmeldung aus der Szene war so, dass sie mit dem ersten Schritt ganz zufrieden sei. Wir werden in den nächsten Tagen und Wochen vermutlich weitere Schritte gehen. Der Gesundheitsminister Holetschek weist immer darauf hin, dass das immer abhängig vom Inzidenzgeschehen ist, weil wir keine Pandemietreiber sein wollen. Es ist klar, dass Veranstaltungen draußen einfacher als drinnen sind, aber es ist ein guter erster Schritt, den wir hier machen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Die nächste Frage kommt vom Abgeordneten Plenk und richtet sich wieder an den Minister für Gesundheit und Pflege.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat sich durch eigenverantwortliches Handeln während der letzten 14 Monate nicht mit dem Coronavirus angesteckt. Halten Sie es für gerecht, dass man jetzt ausgerechnet diese Gruppe benachteiligt?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich verstehe die Frage nicht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Plenk, Sie haben Gelegenheit zur Nachfrage.

Markus Plenk (fraktionslos): Leute, die sich nicht angesteckt haben, sind nicht genesen, müssen sich weiterhin testen lassen und haben entsprechende Auflagen zu erfüllen. Wenn Sie die Frage aber nicht verstehen, stelle ich Ihnen gerne eine andere.

Wieso, glauben Sie, hat Texas die Maßnahmen nicht nur komplett aufgehoben, sondern verbietet jetzt auch, dass Geschäfte, Behörden und Veranstalter Impfnachweise oder das Tragen von Masken verlangen? Glauben Sie, dass texanische Regierungsvertreter dümmer als unsere sind? Oder sind sie einfach mehr für die Freiheit und für die Bürger?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich maße mir kein Urteil über die Frage, wer dümmer ist, an.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Frage geht wieder an das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Sie kommt vom Kollegen Dr. Stephan Oetzingler von der CSU-Fraktion.

Dr. Stephan Oetzingler (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister Sibler, die Frage bezieht sich auf den Themenkomplex Kultur. Konkret geht es mir darum, wie es mit den aktuellen Hilfsprogrammen für den Bereich Kultur weitergeht. Wie viele Künstlerinnen und Künstler, Kulturschaffende und Institutionen in Bayern haben in den vergangenen Monaten von den unterschiedlichen Künstlerhilfen profitiert? Wie ist das im März angelaufene Stipendienprogramm, das ja gerade Nachwuchs- und jungen Künstlern helfen soll, angelaufen? In welcher Höhe sind die dafür veranschlagten Mittel bisher abgerufen worden?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Kollege Oetzingler, ich verstehe die Frage sehr gut; herzlichen Dank dafür. Wir haben am Dienstag im Kabinett das breite Spektrum der Künstlerhilfen bis zum 31.12.2021 verlängert. Ich glaube, die Entscheidung, die wir hier getroffen haben, ist eine sehr wichtige gewesen, weil wir damit den Menschen – den Künstlerinnen und Künstlern, die in der Pandemie ohne Zweifel besonders betroffen sind – eine Perspektive geben. Die wichtigste Perspektive ist die, dass die Künstlerinnen und Künstler jetzt wieder öfter auftreten können. Wir haben gerade darüber gesprochen.

Praktisch alle Programme sind bis zum 31.12.2021 verlängert worden. Das Stipendienprogramm ist gerade angelaufen. Ich darf zum Solo-Selbstständigenprogramm noch sagen, dass wir in der ersten Tranche rund 8.000 Menschen helfen konnten. In der zweiten Tranche haben wir jetzt über 5.000 Anträge und bereits 4.250 Bewilligungen. Beim Stipendienprogramm läuft der erste Call; hier sind rund 450 Anträge gestellt

worden. Beim Programm für die Laienmusik gibt es jetzt schon 2.237 Bewilligungen, beim Spielstättenprogramm stehen wir bei 170 Bewilligungen und haben ungefähr 200 Anträge. In der Summe haben wir insgesamt schon an die 50 Millionen Euro ausbezahlt. Das wird sicher über die nächsten Wochen und Monate hinweg mehr werden. Das bietet der Kunstszene in Bayern große Unterstützung. Das ist wichtig und notwendig.

Ich bin auch sehr, sehr dafür dankbar, dass wir durch den Begleitausschuss, den wir konstituiert haben, sehr, sehr gute Rückmeldung aus der Szene haben. Die Kommunikation läuft gut; das gilt auch für die Informationsflüsse. Insgesamt konnten wir erfolgreiche Programme auf den Weg bringen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. Sie können am Rednerpult bleiben.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Das war der Plan.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie sind weiter gefragt. – Die nächste Frage kommt von der Kollegin Susanne Kurz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Susanne Kurz (GRÜNE): Lieber Herr Staatsminister Sibler, im März hat der Ministerpräsident erklärt, es solle einen Kultursommer geben. Seit gestern können Künstlerinnen und Künstler, Gruppen, Initiativen und andere Kreative unter www.bayernspielt.info Flächen finden; auch Fördertöpfe sind verlinkt sowie sinnvolle wie auch weniger sinnvolle Corona-Auflagen – wie zum Beispiel dieser absurde pauschale Deckel für Publikumsgröße im Außenbereich – gelistet. Bayernkreativ hat hier wirklich ganze Arbeit geleistet. Wir begrüßen das – Respekt!

Ich selbst komme aus einer winzigen Stadt. Kultur war da immer ein Lichtblick. Sie hat jetzt dank der genannten Ansprechpersonen und Eckdaten die Chance, in die Fläche Bayerns vorzudringen und auch in kleinen Kommunen Angebote zu machen.

Auf der Seite www.bayernspielt.info stehen aber manche Fördertöpfe noch nicht. Das sind zum Beispiel die ILE-Mittel, Mittel für Integrierte Ländliche Entwicklung. Die Verordnung aus dem Jahr 2005 nennt in Artikel 56 zur Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum explizit Dienstleistungen "einschließlich kultureller [...] zur Grundversorgung eines Dorfes oder von Dorfverbänden und die entsprechende Kleininfrastruktur".

Im Ausschuss wurden uns gestern von Ihrem Ministerium außerdem 10 Millionen Euro für den Kultursommer genannt. – Im Haushalt stehen hier noch zwei Leertitel. Auch diese Millionen finden sich auf www.bayernspielt.info nicht.

Es bleiben also Fragen offen, zum Beispiel: Wie unterstützt die Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN kleine Kommunen bei der Bereitstellung von Logistik, wie zum Beispiel von mobilen Bühnen?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herzlichen Dank für die Frage. – Ich glaube, es ist gut, dass wir www.bayernspielt.info gestern freischalten konnten. Auf dieser Seite stehen viele Innovationen und Hilfen. Langer Rede kurzer Sinn: Bayernkreativ hat das in unserem Auftrag gemacht. Ich bedanke mich deshalb für das Lob für mein Haus, das Sie mit ausgesprochen haben. Diese Seite wird natürlich kontinuierlich weiterentwickelt. Ob ausgerechnet die angesprochenen ILE-Mittel weiterhelfen, weiß ich nicht, weil es für diese Mittel ein sehr kompliziertes Antragsverfahren mit einem längeren Vorlauf gibt. Wenn das sinnvoll wäre, würden wir das ergänzen. Danke an dieser Stelle für den Impuls.

Ich habe vor wenigen Wochen einen Brief an alle bayerischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geschrieben, um hier mithelfen zu können. Jetzt sind auch viele kommunale Strukturen gefordert. Zum Beispiel hat der Bezirk Niederbayern mobile Bühnen auf den Weg gebracht. Das sind natürlich alles Punkte, die man jetzt aufgreifen kann.

Ein zentraler Punkt ist auch – wir werden uns das im Einzelfall anschauen –, ob wir durch den Kulturfonds in solchen Dingen helfen können. Ich brauche dazu die konkreten Anträge, die jetzt schrittweise eintreffen werden. Vor allem ist wichtig, dass wir bei den Dingen, die auf Bundesebene gerade noch zur Disposition stehen – das 2,5-Milliarden-Programm, von dem Bayern mit 380 Millionen Euro profitieren wird –, mithelfen können, Stichwort: Neustart Kultur. Es geht aber auch um die Ausfallmittel und solche Dinge, mit denen wir den Menschen Sicherheit geben können.

Den Ausdruck "absurd" weise ich ausdrücklich zurück. Es handelt sich um einen sehr, sehr guten Einstieg, um mit den Dingen zu beginnen und der Szene die Sicherheit zu geben, mit den Hygieneauflagen umgehen zu können; denn wir wollen in einem solchen Bereich natürlich keine Ansteckungen.

Wir tasten uns als lernendes System voran. Schauen wir mal, wie viel über Pfingsten überhaupt gehen wird. Das Wetter ist nicht so, dass man gerne bei Open-Air-Veranstaltungen sitzen würde. Das hilft uns aber jetzt alles, um uns in die Szene gut hineinzutasten.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Noch eine Nachfrage. Frau Kurz, bitte.

Susanne Kurz (GRÜNE): Wie kommen dann die Kommunen, Kulturschaffende und Veranstalterinnen und Veranstalter an die Mittel heran, zum Beispiel an diese 10 Millionen Euro vom Bund, die Mittel des Ausfallfonds und an die Geistertickets vom Sondertopf "Wirtschaftliche Hilfen", die peu à peu über den Sommer kommen werden?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Indem sie Anträge stellen.

(Heiterkeit bei der Abgeordneten Susanne Kurz (GRÜNE))

Die Anträge für das Bundesprogramm sind bei den Regierungen zu stellen. Die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund ist leider noch nicht unterzeichnet. Wir hatten letzte Woche Kultusministerkonferenz, auf der wir das Vorgehen besprochen haben. Der Bund ist gefordert, diese Verwaltungsvereinbarung jetzt zu präsentieren. Ich hoffe,

dass sie bald da sein wird. Wenn auch nächste Woche Pfingsten ist: Ich habe immer einen Stift dabei, um sofort zu unterschreiben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Die nächste Frage geht an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und kommt vom Kollegen Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben diese Woche im Kabinett die Öffnung aller Schularten nach Pfingsten bis zu einer Inzidenz von 50 mit Präsenzunterricht und bis zu einer Inzidenz von 165 mit Wechselunterricht durchgesetzt und beschlossen. Meine Frage entspricht einem dringenden Wunsch vieler Eltern und Schüler: Wie geht es nach den Pfingstferien mit dem Unterrichtsbetrieb konkret weiter? Welche Planungen gibt es hinsichtlich weiterer Öffnungsschritte, insbesondere an den weiterführenden Schulen? Wann und wie beginnen die Angebote des Förderprogramms "gemeinsam.Brücken.bauen"?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat mich sehr gefreut, dass wir im Kabinett beschlossen haben, wieder mehr Schülerinnen und Schüler in den Präsenzunterricht zu bringen. Das ist sehr wichtig. Ich komme gerade aus einer Grundschule. Auch dort freuen sich die Kinder. Man merkt auch, dass sie wieder im Präsenzunterricht, dass sie wieder da sind und dass immer mehr Kinder und Jugendliche in den Unterricht kommen. Die Regelung für die Weiterführung des Unterrichts nach Pfingsten richtet sich nach dem Inzidenzwert und ist damit sehr klar. Bei einem Inzidenzwert von unter 50 sind alle Schülerinnen und Schüler im vollen Präsenzunterricht wieder in der Schule. In dem Fenster 50 bis 165 haben wir Wechselunterricht bzw. Präsenzunterricht, wenn der Mindestabstand eingehalten werden kann. Bei einer höheren Inzidenz werden wir außer für die Abschlussklassen und die 4. Klassen der Grundschulen Distanzunterricht haben. Ich hoffe aber und gehe davon aus, dass wir nach Pfingsten keine Landkreise mehr mit einem Inzidenzwert von über 165 haben werden, sondern möglichst viele unter 50.

Zusätzlich ist es wichtig, dass wir auch Brückenkurse und Förderkurse anbieten. Wir tun dies in zwei Richtungen; denn natürlich gibt es bei dem einen oder anderen Lerndefizite. Klar ist auch, dass die Kinder und Jugendlichen weniger soziale Kontakte hatten. Wir wollen Kinder, die die eine oder andere psychische Schwierigkeit haben, zusätzlich unterstützen. Außerdem werden schon während der Pfingstferien freizeitpädagogische Angebote beginnen. Wir haben eine gute Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring, die sich schon während der letzten Sommer- und Herbstferien bewährt hat. Wir werden in diesem Jahr Pfingstferienprogramme haben.

Wir konnten zusätzlich die Bayerische Sportjugend für eine Zusammenarbeit gewinnen. Es wird entsprechende Camps geben, etwa für Fußball. Diese sind in letzter Zeit auch sehr wichtig. Nach den Pfingstferien beginnen wir in den Kernfächern mit den Brückenkursen in der Schule und werden diese Angebote mit einer Sommerschule 2021 weiterführen. Es wird auf freiwilliger Basis einen zweiwöchigen Kurs geben. Die Lehrkräfte beraten zur Teilnahme. Die Kurse werden entweder je eine Woche zu Anfang und Ende der Sommerferien oder als zweiwöchige Blockveranstaltung am Ende der Sommerferien stattfinden. Ganz wichtig ist, die Leistungsdefizite der Schülerinnen und Schüler auszugleichen. Wir werden die Angebote, unterstützt durch das Bundesprogramm, das jetzt in den Details verhandelt wird, im nächsten Schuljahr fortsetzen. Wir werden das entsprechend umsetzen. Das ist das Konzept.

Meine Hoffnung ist es, dass wir immer mehr Schülerinnen und Schüler zurück in die Schulen bringen, je besser die Inzidenzwerte sind. Wir legen den Fokus sehr stark auf unsere Schülerinnen und Schüler. Ich freue mich, dass wir beginnen – der Kollege Höltschek hat es angekündigt –, die Schülerinnen und Schülern zu impfen. Wir impfen insbesondere die Schülerinnen und Schüler in den Abschlussklassen und führen das in den Sommerferien fort. Wir haben jetzt auch die Zulassung für das Vakzin von BioNTech für die Gruppe der 12- bis 15-Jährigen in absehbarer Zukunft. Wir können

den Kindern und Jugendlichen dieser Altersgruppe ein entsprechendes Angebot machen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. Auch Sie können für eine Runde auf der Regierungsbank Platz nehmen. – Die nächste Frage richtet sich an den Minister für Gesundheit und Pflege. Sie kommt vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister Holetschek, wir haben als Corona-Verlierer Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie geringfügig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe und im Handwerk. Wir haben als Corona-Leidtragende ältere Menschen, Kinder und Familien. Sie alle leiden psychisch, sozial und finanziell. Wir haben vor allem ein Versagen bei den alten Menschen. Sie kennen die Zahlen ganz genau. Ich glaube, jede Regierung auf der ganzen Welt kann sich an die Brust klopfen, dass die Alten von dieser Pandemie am schwersten getroffen sind.

Wenn jetzt Geimpfte und Genese künftig keinen negativen Corona-Test mehr in Pflege-, Alten- und Behinderteneinrichtungen brauchen, dann ist fraglich, wie es sein kann, dass die Menschen in Krankenhäusern nicht besucht werden dürfen. Die Krankenhäuser haben im letzten Jahr darauf hingewiesen. Ich selbst habe den Fall erlebt, dass nicht einmal zum Tode Abschied genommen werden durfte!

Ich nenne Ihnen jetzt einen konkreten Fall: Das Krankenhaus Großhadern verweigert einem doppelt geimpften Ehemann den Besuch seiner Frau, die ebenfalls doppelt geimpft ist, obwohl die 14 Tage Schutzzeit nach der zweiten Impfung schon längst verstrichen war. Der Mann darf nicht ins Krankenhaus, geschweige denn seine Tochter, um die Mutter nach einer schwerwiegenden Operation mit dem Notwendigen zu versorgen. Wie können Sie als Gesundheitsminister das verantworten?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Bergmüller, zuerst einmal muss man sagen, dass sich die Situation in den Alten- und Pflegeeinrichtungen im Vergleich zum letzten Jahr, Gott sei Dank, geändert hat. Die Neuinfekti-

onen sind zurückgegangen, und die Impfquote bei den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie beim Personal ist hoch. Das ermöglicht uns jetzt, in diesem Bereich ein Stück weit zu lockern. Das ist gut, weil wir alle wissen, dass Isolation zu psychischen Erkrankungen führen kann. Deswegen ist es in einer Abwägung und angesichts dessen, dass die Leute dort schon geimpft wurden oder genesen sind, richtig, zu lockern. Es ist genauso richtig in einer Einzelfallentscheidung, die ich an dieser Stelle aber tatsächlich nicht beurteilen kann.

(Zurufe des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der Herr Minister hat das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wenn wir uns vernünftig unterhalten wollen und ich Ihre Frage beantworten soll, dann höre ich Ihnen zu, Sie hören mir zu, und ich versuche, so gut wie möglich zu antworten.

Ich kann den Einzelfall hier nicht nachvollziehen, weil es immer schwierig ist, das an einzelnen Fällen festzumachen. Ich denke, das Krankenhaus hatte in diesem Fall vielleicht eine Begründung. Es ist in den Krankenhäusern in einigen Situationen und bei vulnerablen Gruppen sicherlich noch nötig, genau hinzuschauen, damit keine Infektionen ins Krankenhaus getragen werden. Den Fall müssten Sie mir im Nachhinein einmal zukommen lassen. Dann würde ich mir das anschauen und auch prüfen lassen. Im Kern ist wichtig – und das war damals auch schon der Fall –, dass wir gerade in Situationen, in denen Menschen im Sterben lagen, immer versucht haben, auch auf den Palliativstationen Besuche möglich zu machen. Wenn es auch nur irgendwie ging, haben wir versucht, den Abschiedsprozess zuzulassen. Ich räume ein, das ist uns nicht immer gelungen. Es gab sehr menschlich schwierige Situationen, unter denen die Menschen heute auch noch leiden. Abschied nehmen zu können, ist sicherlich wichtig. Ich nehme das sehr ernst. Es sind aber auch Abwägungsprozesse nötig. Eine Infektion einzutragen und einen Ausbruch zu riskieren, muss man vermeiden. Das ist die andere Seite der Medaille.

Dass wir mit den Impfungen jetzt weiter sind und wieder mehr möglich ist, ist ein Teil der Wahrheit. Wenn im Einzelfall davon nicht Gebrauch gemacht wird, dann muss man sich die Begründung anschauen und möglicherweise auch ein Gespräch führen. Die Entscheidung im Einzelfall liegt natürlich auch beim Träger eines Hauses. Geben Sie mir diesen Fall, und ich schaue mir ihn an.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Frage geht wieder an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Ich erteile der Kollegin Margit Wild von der SPD-Fraktion das Wort. Frau Wild, bitte schön.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Minister Piazzolo! Sie haben am 3. Mai im "Bayerischen Rundfunk" verkündet, sie könnten allen bayerischen Lehrerinnen und Lehrern, die im Präsenzunterricht tätig sind, ein Impfangebot machen. Trifft es zu, dass Sie dieses Versprechen nicht halten konnten und dass zum Beispiel in München und wahrscheinlich auch anderswo Lehrkräfte an beruflichen und weiterführenden Schulen ungeimpft und dann zum Teil mit ungetesteten Abiturienten – so konnte man lesen – den Präsenzunterricht halten oder Prüfungen abnehmen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Wild, ich selbst habe gar kein Impfangebot gemacht. Wir haben das im Kabinett besprochen, und ich habe entsprechend gesagt: Wir machen insbesondere den Lehrkräften der Grundschulen, aber auch der Förderschulen ein Impfangebot. So ging es vom Ministerpräsidenten aus. Das war der erste Aufschlag.

Es gibt ein grundsätzliches Impfangebot für die Lehrkräfte an weiterführenden Schulen, insbesondere für diejenigen, die vor den Abschlussprüfungen stehen. Nicht alle haben pauschal ein Angebot bekommen, sondern es gibt eine Abstufung. Es ist aber selbstverständlich so, dass die entsprechenden Impfangebote konkret nicht von der Staatsregierung unterbreitet werden, sondern von den Landkreisen vor Ort. Die einen sind etwas weiter als die anderen.

Schon bevor ich das gesagt habe – ich erinnere mich an die Sendung, in der wir zusammen waren –, gab es in den grenznahen Gebieten Lehrer, das war in einem Fall ein Realschullehrer, die einfach schon deshalb geimpft waren, weil es dort mehr Impfstoff, eine andere Reihenfolge und ein anderes Tempo gab. Diese Faktoren hängen vom jeweiligen Landkreis ab.

Ich möchte jetzt nicht zu München Stellung nehmen. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass es gerade in München so war, dass es für Lehrer, insbesondere für die Grundschullehrkräfte, ein Impfangebot gegeben hat, dieses nicht voll ausgeschöpft und nicht weitergegeben worden ist. In den einzelnen Landkreisen gibt es entsprechend der Priorität unterschiedliche Verfahren. Einige haben die Gruppe der zweiten Priorität schon voll durchgeimpft, andere nicht. Wir haben im entsprechenden Kultusministeriellen Schreiben klargestellt, dass es ein potenzielles Impfangebot grundsätzlich auch für die Lehrkräfte der weiterführenden Schulen gibt, insbesondere für diejenigen, die in den Abschlussprüfungen tätig sind. Ich möchte den Zeitablauf noch einmal deutlich machen. Ich glaube, Sie hatten den 3. Mai erwähnt. Die Abiturprüfungen beginnen relativ kurz danach. Wir von der Bayerischen Staatsregierung haben nicht versprochen, dass diejenigen, die jetzt beim Abitur als Prüfer oder auf sonstige Weise tätig sind, bis dahin geimpft sind. Wir müssen auch immer sehen, wann der Impfschutz einsetzt. Man hat nicht schon ein, zwei Tage nach der ersten Impfung einen wirksamen Schutz, sondern das dauert eine bestimmte Zeit.

Wichtig war und ist es uns aber, dieses Zeichen gerade gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern zu setzen – es gibt ja jetzt nicht nur das Abitur, sondern auch andere Prüfungen – und ihnen diese Möglichkeit vorrangig einzuräumen. Aber die Möglichkeit hängt natürlich immer auch von der Situation vor Ort, der vorhandenen Menge an Impfstoff und dem jeweiligen Stand ab, den man bei der Impfung erreicht hat.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Eine Nachfrage von Frau Wild. – Bitte schön.

Margit Wild (SPD): Jetzt muss ich eine kleine Nachfrage stellen. Sie haben jetzt nichts zu den Ungetesteten gesagt, die an Prüfungen teilgenommen haben. Dazu haben Sie noch keine Ausführungen gemacht. Das hätte ich gerne, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Gerne. – Ich sage es noch einmal deutlich. Mir ist es am allerliebsten, und das habe ich auch an die Schulen weitergegeben, dass alle, die in die Prüfungen gehen, getestet werden. Im Moment sind es insbesondere die Abiturprüfungen. Testungen sind wichtig, weil sie einem selbst, aber auch den anderen Sicherheit geben. Wir haben jedoch ein Urteil des VGH Bayern. Dieses besagt insbesondere für den Präsenzunterricht, dass wir eine Testobliegenheit haben. Es ist richtig und war zulässig, dass die bayerische Regierung gesagt hat: Am Präsenzunterricht kann nur derjenige teilnehmen, der getestet wird. – Das ist bestätigt worden. Das heißt aber nicht, dass diejenigen, die nicht getestet werden, gar kein Angebot bekommen. Vielmehr ist denjenigen, die nicht getestet sind und deswegen nicht am Präsenzunterricht teilnehmen, ein entsprechendes schulisches Angebot zu machen.

Daraus war abzuleiten, dass es bei einer Abiturprüfung, die in der Wertigkeit mindestens so hoch wie der Präsenzunterricht ist, rechtlich äußerst riskant gewesen wäre zu sagen: An der Abiturprüfung kann nur der Getestete teilnehmen. – Deshalb sind wir den Weg gegangen und haben gesagt: Wir wollen, dass alle getestet sind – die Mehrheit macht es auch –; aber diejenigen, die nicht getestet werden, dürfen ebenfalls an der Abiturprüfung teilnehmen, aber in extra Räumlichkeiten. – Das war der Grund. Es hätte eine einstweilige Anordnung geben können; der VGH hätte plötzlich, einen Tag vor der Abiturprüfung, sagen können, dass es so nicht geht. Dann wären wir organisatorisch wirklich in die Bredouille gekommen. Deshalb gibt es diese Regelung, die ich auch für vernünftig halte. Sie hat unseren Schulen und Schulleiterinnen und Schulleitern einiges an Organisation abverlangt, weil man für die Ungetesteten zusätzliche Räumlichkeiten schaffen oder zumindest weitere Räume organisieren musste.

Ich will es an dieser Stelle wiederholen: Wir sind im Abitur und haben noch eine schriftliche Prüfung. Mir ist es sehr wichtig, dass alle sich testen lassen. Trotzdem gibt es diese anderen Fälle. Ich weiß von vielen Schulleiterinnen und Schulleitern, die es so organisiert haben, dass dort die Aufsicht von bereits geimpften Lehrkräften geführt wird. Dort gelten auch besondere Abstände. Das ist der Hintergrund für die entsprechende Regelung.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Die nächste Frage geht wieder an den Minister für Gesundheit und Pflege, Herrn Holetschek. Sie kommt vom Kollegen Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister Holetschek, ich verstehe es einfach nicht mehr: Die Impfzentren können bis Mitte Juni voraussichtlich nur wenige Erstimpfungen vornehmen. Seit gestern weiß ich jetzt, dass jeder Betriebsarzt, als der auch ich tätig bin, 804 Dosen BioNTech-Impfstoff für die erste Woche ab 7. Juni beziehen kann. Wenn ich diese Zahl einmal herunterbreche und 5 Minuten pro Impfung – das ist sehr sportlich – ansetze, dann sind das 12 Impfungen pro Stunde und letztendlich 67 Stunden insgesamt, die ich durchgehend impfen müsste. Das entspricht wiederum 8,5 Tagen. Das heißt: Wenn man es realistisch sieht, sprechen wir von 3 Wochen Impftätigkeit pro Arzt. Man kann den Impfstoff ja jetzt Gott sei Dank länger im Kühlschrank liegen lassen. Das ist mir seit zwei Tagen bekannt. Die Zeit ist von 5 auf 31 Tage verlängert worden. Das heißt, der Impfstoff würde zumindest nicht kaputtgehen, aber er liegt gegebenenfalls 2 Wochen unnötig im Kühlschrank. Wer plant so, und welche Einflussmöglichkeiten haben Sie, in diesem Bereich einzuschreiten?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das Thema wird natürlich vom Bund vorgegeben. Wir diskutieren das Thema auch immer wieder auf der Gesundheitsministerkonferenz der Länder in Verbindung mit der Grundsatzfrage der Einbindung weiterer Ärzte. Wir haben die Impfzentren – Sie haben es beschrieben –, die Hausärzte, die Fachärzte und jetzt die Betriebsärzte. Die Privatärzte sollen übrigens ab dem 7. Juni auch mit hineingenommen werden.

Die dann zur Verfügung stehenden Impfstoffmengen sind vom Bund vorgegeben. Wir haben eine Fixierung der Impfstoffmengen bei den Impfzentren. Im April waren es 2,25 Millionen für ganz Deutschland. Jetzt sind es 2,4 Millionen für ganz Deutschland, nach dem Königsteiner Schlüssel heruntergebrochen 350.000 bzw. 370.000 Dosen pro Woche für die Impfzentren. Was darüber hinausgeht, steht dann für die Hausärzte zur Verfügung.

Ich nehme an, Sie bestellen auch einen Impfstoff. Ich glaube, Sie können BioNTech bestellen, AstraZeneca teilweise sogar unbegrenzt. Johnson & Johnson soll ja auch noch kommen. Die Betriebsärzte erhalten jetzt diese 800 Dosen. Dabei habe ich heute schon von einer Einschränkung gelesen, dass diese möglicherweise nicht ganz zur Verfügung stehen. Ich werde es nächsten Montag auf der Gesundheitsministerkonferenz noch einmal ansprechen, wie das vernünftig ausgesteuert werden kann. An sich ist es zu begrüßen, dass die Impfungen jetzt mehr auf verschiedene Säulen verteilt werden, weil das für höhere Geschwindigkeit sorgt. Insofern lautet die konkrete Antwort auf die Frage: Die Planung erfolgt tatsächlich über den Bund.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Spitzer noch einmal, bitte. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie ein bisschen ruhiger sein?

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Ich habe noch folgende Nachfrage: Das läuft alles sehr kurzfristig. Ich habe gestern Nachmittag davon erfahren, dass die Bestellungen bis Freitag 12 Uhr zu erfolgen haben. Für die Betriebsärzte ist es natürlich unheimlich schwierig, bei den Betrieben abzufragen, wie viel Impfstoff denn tatsächlich benötigt wird. Das sind gerade einmal zwei Tage, um hier planen zu können.

Das nächste Problem ist natürlich, wenn der Impfstoff wider Erwarten länger in den Kühlschränken liegt. Wir haben keine medizinischen Kühlschränke vor Ort.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Beachten Sie bitte Ihre Redezeit!

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Wir haben schwer zu handhabende Situationen. Jetzt haben Sie ja zehn Modellbetriebe in Bayern auf den Weg gebracht. In diesem Zusammenhang würden mich Ihre Erfahrungen damit interessieren.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich kann jetzt nur punktuell dazu Stellung nehmen, weil ich einige Rückkopplungen zu den Modellprojekten habe, die gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft durchgeführt wurden. Ich habe die Rückmeldung bekommen, dass das Vorhaben von den Betrieben sehr schnell geschultert werden konnte. Sie haben logistisch Impfstraßen aufgebaut. Ich habe mir das zum Beispiel in Memmingen angeschaut; das dortige betriebsärztliche Team, das aus Kempten kam, glaube ich,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

hat dort sehr gut und schnell gearbeitet. Bei der anwesenden Belegschaft gab es eine hohe Impfbereitschaft. Ich habe zum Beispiel von Wacker Chemie die Rückmeldung bekommen, dass das Projekt dort ebenfalls sehr gut gelaufen ist. Ich lasse mir das natürlich ständig vorlegen, und wir werden das auch auswerten. Der Sinn eines Pilotprojekts ist ja, dass man eine Auswertung macht.

Wir überlegen gerade auch noch einmal, wie wir Betriebsärzte mit der Logistik der Impfzentren unterstützen könnten. Ich habe es vorher schon einmal angedeutet: Vielleicht gibt es bei kleineren Betrieben die Möglichkeit, dass wir zusammenarbeiten und Synergien finden, die den Betriebsärzten das Leben erleichtern, indem man die Logistik der Impfzentren mit aufgreift. Vielleicht können wir uns da noch einmal austauschen. Ich bin da noch nicht zum Abschluss gekommen, habe die Überlegung aber auch mal an Bundesminister Spahn adressiert, ob man die Dinge auch einfacher im Sinne eines schnelleren Ablaufs hin und her bewegen könnte.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. Die Befragung der Staatsregierung ist damit beendet.